

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B: 1925-1933. Band 1,1: Dezember 1925 bis Juli 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Grossbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung

Autor(en): **Schneider, Boris**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **20 (1970)**

Heft 1/2

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lers Verantwortung an der Agadirkrise als Vorgesetzter Kiderlens auch nicht von der Hand weisen, so muß man doch sein Bemühen anerkennen, die Krise nicht hinterher zum «Anfachen nationalistischer Forderungen» ausgenutzt zu haben (S.133).

Marokko- und Balkankrise verschärften die Lage Europas 1912/1913, doch konnte die deutsche Stellung immerhin durch eine Zusammenarbeit im südosteuropäischen Raum mit England nach dem 2. Balkankrieg verstärkt werden. Nach dem Attentat von Sarajewo erwies sich die schwache Stellung Bethmanns gegenüber der Rechten, der militärischen Führung und dem Kaiser am verhängnisvollsten. Im entscheidenden Augenblick besaß Bethmann zu viel Naivität und zu wenig politischen Scharfblick. Als er Österreich-Ungarn bremsen wollte, war es viel zu spät (S.189ff.). Eine Neutralisierung Englands nach Kriegsausbruch war nie eine feste Größe im Denken Bethmanns (S.191), auch schwebte ihm kein «planvoller Präventivgedanke vor Augen» (S.197). Er löste nur jenen Blankoscheck ein, den noch Bülow ausgestellt und der Kaiser kreditiert hatte. Seine Schuld war seine Passivität, nicht ein «bewußt kalkuliertes Kriegsrisiko» (S.199). Die Herbeiführung des Friedens war für Bethmann nicht allein eine politische Forderung, sondern vor allem ein menschliches Anliegen. Das «schreckliche Gemetzel von Verdun» und das «Morden von Ypern» erfüllten ihn mit «moralischen Entsetzen» (S.231). Interessant ist die Neuinterpretation der Haltung Bethmanns zur polnischen Frage, wo Vietsch nachweist, daß «annexionistische Verdächtigungen» unhaltbar sind (S.238). Hatte der Kanzler gegen zahlreiche Widerstände im Dezember 1916 schließlich sein Friedensangebot vor dem Reichstag formulieren können, so war ihm dies nur durch ein gefährliches Zugeständnis gelungen: sollte sein Angebot scheitern, wollte er dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Seine negative Haltung in dieser Frage führte auch schließlich zu seiner Abdankung, da die OHL, der Kaiser und die rechten Parteien seit Januar 1917 darauf hingearbeitet hatten. Sein Rücktritt bedeutete gleichzeitig einen Sieg der «Annexionisten». Der Sturm, der sich aus diesen Kreisen gegen Bethmann nach 1918 erhob, wurde von ihm schon 1917 vorausgesehen (S.286). Die Schmähungen, die sie gegen ihn verbreiteten, blieben ihm größtenteils erspart. Am Neujahrstag des Jahres 1921 riß der Tod ihn aus seinen «Betrachtungen», die er nicht mehr vollenden konnte.

Wien

Gernot Seide

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie B: 1925–1933. Band 1,1: Dezember 1925 bis Juli 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1966. LXIX, 799 S. Karten.

Als 1945 große Aktenbestände des Deutschen Reiches in die Hände der Sieger fielen, begann eine Gruppe amerikanischer, englischer und französi-

scher Historiker mit der Herausgabe dieser Dokumente, wobei man eine Aufhellung mancher Ereignisse erhoffte. Dies traf zu für die Reihen C und D, in denen Unterlagen aus dem Dritten Reiche veröffentlicht worden sind. Neben die englischsprachige Ausgabe trat eine deutsche, und in das Team der Editoren wurden deutsche Geschichtsforscher aufgenommen, die sich in der Reihe B mit dem Zeitraum 1925 bis 1933 befassen. Es dürfte auf der Hand liegen, daß Akten aus der demokratischen Ära der deutschen Zwischenkriegszeit kaum mit Sensationen aufwarten, aber ein Abbild seriöser politischer Arbeit sind. Der erste Band der Reihe B umfaßt die Dokumente vom 1. Dezember 1925, dem Tag der Unterzeichnung der Locarno-Verträge, bis zum Juli 1926. Er behandelt ausschließlich die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den westlichen Nachbarn Frankreich, Belgien und Großbritannien, und zwar im Konnex mit der Durchführung des Versailler Vertrages, so daß Entwaffnung, Abrüstung, Reparationen, aber auch Deutschlands erfolglos gebliebene erste Kandidatur für den Eintritt in den Völkerbund zur Diskussion stehen. Die getroffene Gliederung nach Ländern und Sachgebieten erleichtert die zielgerichtete Benutzung des Werkes, läßt aber Zusammenhänge zum Beispiel der deutschen Ostpolitik mit der Westpolitik zurücktreten. Neben die in vollem Wortlaut gedruckten Dokumente tritt ein Verzeichnis der wichtigsten Aktenstücke mit kurzer Zusammenfassung. Eine weitere Hilfe bietet das ausführlich gestaltete Personenverzeichnis.

Die Quellenstücke stehen meist im Zusammenhang mit den Verträgen von Locarno. Doch der vielzitierte Geist von Locarno scheint eher dem Wunschdenken der Politiker Briand, Chamberlain, Luther und Stresemann zu entspringen als den Realitäten. Die starke Rücksichtnahme auf die «nationale Opposition», nicht nur im Deutschen Reiche, verführte zu betont kraftvollem Auftreten, denn sowohl Stresemann wie auch Briand brauchten zur Stützung ihres Ansehens in ihren Parlamenten dringend Erfolge. Es bleibe auch dahingestellt, ob der Geist von Locarno das Auswärtige Amt erfüllt hat, wenn etwa der Staatssekretär Carl Th. C. von Schubert dem britischen Botschafter gegenüber erklärte, «wir hätten uns allerdings verpflichtet, Elsaß-Lothringen nicht mit Waffengewalt wiederzugewinnen. Es bestehe aber doch natürlich die Möglichkeit, Elsaß-Lothringen auf anderem, gütlichem Weg zurückzuerhalten. Diese Möglichkeit könne uns niemand verbauen ...» (Akte Nr. 75, S. 184, 2. Februar 1926). – Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ließ sich in den Handelsvertragsverhandlungen gut an. Doch auch hier scheinen aufgrund der Akten der nicht verwirklichten Möglichkeiten Legion zu sein. Neben den Politikern befaßten sich auch Jugendliche mit dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. In einer Aufzeichnung von Stresemann (Akte Nr. 200, S. 475/6, 24. April 1926) ist von einem Besuch der Führer des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun und Otto Bornemann, die Rede, die in der Schweiz mit jungfranzösischen Organisationen zusammentreffen wollten, um sowohl den deutschen Standpunkt darzulegen wie auch die Versöhnung zu fördern. Stresemann

unterstützte warm diese Bestrebungen. – Die deutsch-belgischen Beziehungen blieben von der Annexion Eupen-Malmedys her belastet. Da auch belgische Politiker dieses Problem liquidieren wollten, hoffte man von deutscher Seite her mit einer Geldzahlung die Rückgabe zu erkaufen, schrak aber vor der in die Diskussion gebrachten Summe von 50 bis 100 Millionen Reichsmark zurück. Immerhin zeichnete sich eine Entspannung zwischen den beiden Staaten ab.

Am wenigsten vom Geist von Locarno war in den Auseinandersetzungen um die rheinischen Besatzungszonen zu verspüren. Dem Teilabzug der französischen Truppen widersetzten sich die französischen Militärs, für die das Sicherheitsrisiko zu groß erschien. Das Reich hielt sich nicht immer an die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedens, und die Reichswehr wollte schon gar nicht die Folgen der Niederlage annehmen, so daß zum Beispiel wegen der Ausbildung von Reichswehrangehörigen zu Sportfliegern ein heftiges Gezänk ausbrach. Deutlich wird die Auffassung der Reichswehr in einer Denkschrift, die Oberst Stülpnagel von der Abrüstungsabteilung an die politische Führung weiterleitete. Darin werden als nächste Ziele der allgemeinen deutschen Politik genannt: die Befreiung des Rheinlandes, die Beseitigung des polnischen Korridors und der Anschluß von Deutsch-Österreich. Mit dem billigen Kniff der Trennung der Landabrüstung von der Seeabrüstung versuchten die Deutschen England gegen Frankreich auszuspielen, und als zukünftiges Völkerbundsmitglied verlangte das Reich eine deutsche Aufrüstung mit der Begründung, Deutschland werde nur so allfällige militärische Sanktionen des Völkerbundes unterstützen können. Da man annehmen darf, daß diese Einstellung der Reichswehr im Westen früher oder später bekannt werden mußte, wird man dem westlichen Mißtrauen Deutschland gegenüber Verständnis entgegenbringen.

Auch Fragen der deutschen Innenpolitik werden in den Akten berührt. So verteidigte sich der Verkehrsminister gegen die Forderungen des Reichswehrministeriums mit den Worten: «Sollte sich die Auffassung des Reichswehrministeriums durchsetzen, müßte nicht nur das Reichsverkehrsministerium, sondern sinngemäß auch andere Ressorts wie das Reichsernährungsministerium und das Reichsfinanzministerium der Leitung des Generalstabes unterstellt werden, dessen Gedankengänge in letzter Auswirkung zur Beantwortung der Frage zwingen, ob in einem künftigen Kriege der Generalstab der Reichsregierung unter- oder übergeordnet sein soll» (Akte Nr. 172, S. 414/7, 18. März 1926).

Um den deutschen Standpunkt im Westen bekannt zu machen, wandte die Reichsregierung der ausländischen Presse besondere Aufmerksamkeit zu. Mit Hilfe von Schmiergeldern gelang es, französische Blätter zu beeinflussen oder etwa – wie wörtlich gesagt wurde – ein «Buch über oder besser gegen Polen» in Frankreich erscheinen zu lassen (Akte Nr. 199, S. 472, 23.4.1926). Über die «moralischen Qualitäten» dieser Mitarbeiter war man oft «im klaren», aber man war der Meinung, «daß man derartige Geschäfte mit einem

gewiegten und gerissenen Jungen erfolgreicher machen kann als mit einem braven Trottel» (Akte Nr. 298, S. 692/3, 29.7.1926). Der antipolnische Affekt der deutschen Politik zeigte sich deutlich, als die Deutschen in den Völkerbund eintreten wollten. Hier schaltete sich sogar Reichspräsident Hindenburg empört ein und empfahl abzulehnen, weil auch Polen neben dem Reiche einen Sitz im Völkerbundsrat erhalten sollte. Vom Eintritt in den Völkerbund versprach man sich allerdings recht viel. So hoffte man, den wirtschaftlichen und kulturellen Rückgang des Deutschtums in Ostmitteleuropa aufzuhalten. Im Besitz von Deutschsprachigen befindliche Unternehmungen erhielten Kredite und Bürgschaften, so etwa eine Brauerei in Memel oder eine Bank in Prag, aber auch «Privatpersonen» wie Bethmann Hollweg für sein Gut im Posenerland.

Der sorgfältig edierte Quellenband vermittelt uns bedeutende Einblicke in die wichtigsten Ideen der Zeit und in die ungelösten Probleme zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn. Besonders beeindruckt wird man vom europäischen Konzept Aristide Briands sein, der zum deutschen Botschafter sagte, «je mehr er nachdenke, desto stärker werde seine Überzeugung, daß, wenn Europa gesunden solle, Deutschland und Frankreich nicht nur vertrauensvoll zusammenarbeiten müßten (s'associer). Er denke daher nicht an Abschluß irgendwelcher Vereinbarungen, die deutsch-französisches Zusammengehen stören könnten. Im Gegenteil sei er bestrebt, deutsch-französische Annäherung auf allen Gebieten tatkräftig zu fördern und gegenseitiges Verständnis zu erleichtern. Nur einem unter sich geeinigten Deutschland und Frankreich würde es auch gelingen können, mit russischen Problemen und russischen Aufgaben ohne eigene Gefährdung fertig zu werden» (Akte Nr. 188, S. 454, 2.4.1926).

Zürich

Boris Schneider

SIEGFRIED GRASSMANN, *Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung*. Lübeck/Hamburg, Matthiesen, 1965. 130 S. (Historische Studien, Heft 394.)

PETER GILG, *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert*. Wiesbaden, Steiner, 1965. 280 S. (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 37.)

ECKART KEHR, *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Hg. und eingel. von HANS-URICH WEHLER. Mit einem Vorwort von HANS HERZFELD. Berlin, de Gruyter, 1965. VIII/292 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 19.)

Trois ouvrages consacrés à l'histoire de l'Allemagne dont les thèmes se recoupent en partie, mais dont la conception diffère profondément: les deux premiers sont centrés, pour l'essentiel, sur l'histoire des institutions et sur